

Das Godesberg der Grünen? Joschka Fischer möchte die Ökopartei marktwirtschaftlich öffnen und die Unternehmen nicht weiter belasten.

„Wir lassen die Tassen im Schrank“



Joschka Fischer, der starke Mann der Grünen, im Gespräch mit den Capital-Redakteuren Höfer (l.) und Hübner (r.).

Capital: Herr Fischer, die Bürger stöhnen unter der hohen Steuerlast. Dennoch wollen die Grünen noch draufsatteln.

Fischer: Die Leute sind stinksauer. Das trifft auch auf die Grünen-Wähler und Wählerinnen zu. Ich kann das auch verstehen. Da brauche ich nur meine eigene Gehaltsabrechnung anzuschauen.

Capital: Daß auch Ihre Wähler keine weiteren Belastungen mehr wollen, hat aber für die Beschlüsse der Grünen keine Auswirkungen.

Fischer: Keineswegs: Dieser Punkt wird in der Partei diskutiert werden. Die Debatte sehe ich in dem größeren Zusammenhang mit der marktwirtschaftlichen Fortentwicklung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Capital: Die Grünen läutern sich. Erleben die Kinder von Karl Marx jetzt ihr Godesberg?

Fischer: Solche Etiketten helfen nicht weiter. Wir sind eine Partei im Werden. Schritt für Schritt wachsen wir in die Bereiche Wirtschaft und Finanzen hinein. Dabei darf es keine Gurus und Berührungsgängste geben.

Capital: Den Grünen fehlt aber jegliche ökonomische Kompetenz.

Fischer: Quatsch! Was ist denn Ihr Maßstab? Hat die Bundesregierung wirtschaftliche Kompetenz? Die letzten vier Bundeswirtschaftsminister jedenfalls machten den Eindruck, das Geld für ihr Gehalt hätte man besser ausgeben können. Das Wirtschaftsministerium ist zum Subventionsverwalter verkommen und darf ansonsten ordoliberalen Reden für einen mäßig begabten Minister schreiben. Schauen Sie sich das Affentheater um den Solidarzuschlag an: rein, raus, wieder rein.

Capital: Den Grünen traut man noch weniger zu.

Fischer: Ich war neulich bei führenden Vertretern von großen Kaufhäusern eingeladen. Die beteten eine Litanei von Klagen herunter. Am Ende konnte ich nur sagen, meine Herren, Sie wollten Kohl und haben ihn bekommen, und ich bin nicht der Vertreter der Bundesregierung.

Capital: Aber was fällt Ihnen ein? Um die Wirtschaft zu beein-

drucken, brauchen Sie ein besseres Konzept.

Fischer: Die Grünen wollen den Umbau in eine umweltverträgliche Industriegesellschaft. Da der klassische nachsorgende Umweltschutz an seine Grenze gekommen ist, müssen wir nun die Finanz-, Wirtschafts-, Energie- und Verkehrswende vorbereiten.

Capital: Konkreter bitte.

Fischer: In Hessen haben wir mit der Grundwasserabgabe vorgebracht, wie wir Umwelt- und Finanzpolitik miteinander verzahnen wollen. Bei der Einführung schrien fast alle auf. Das hat sich beruhigt, seit sich zeigt, daß Verlierer und Gewinner oft identisch sind. Denn die Zahler bekommen Zuschüsse für Investitionen in grundwasserschonende Technologien. Dadurch kann der einzelne seine finanzielle Belastung durch die Umweltabgabe senken. Die Maßnahme hat zu einem jährlichen Einsparvolumen in Höhe des Wasserverbrauchs der Stadt Wiesbaden geführt.

Capital: Das sind Peanuts, aber noch keine Wende. In Bonn müssen Sie mehr bringen als in Hessen.

Fischer: Viele Peanuts machen eine ganze Erdnußernte aus. In diese Richtung gehen unsere Überlegungen auch im Bund. Wir haben allerdings Nachholbedarf. Uns fehlen die vergangenen vier Jahre. Als wir nur durch die kleine Gruppe unserer ostdeutschen Freunde im Bundestag vertreten waren, konnten wir unsere programmatischen Leitsätze nicht immer und zu jedem Thema konkretisieren. Bis zum Herbst wollen wir mit einem durchgerechneten

Grüne Wende

Godesberg war die Bekehrung der SPD zur sozialen Marktwirtschaft. Diesen Weg weist Joschka Fischer jetzt seinen Grünen. Mit der Öffnung zur Wirtschaft hofft der Stratege das grüne Wählerpotential besser ausschöpfen zu können, das er mit 20 Prozent beziffert. Für Grüne ist es zum Teil eine Zumutung, wenn ihre Oberen sich demnächst mit den Spitzen des BDI treffen, um die marktwirtschaftliche Orientierung voranzutreiben.

Konzept für eine ökologische Steuerreform eine der Lücken schließen.

Capital: *Müssen die Grünen nicht mit alten Vorstellungen brechen, etwa mit der Technikfeindlichkeit?*

Fischer: Wir sind nicht technikfeindlich. Wir halten nicht jede Technik für einen Segen. Atomtechnik halten wir für unverantwortbar gefährlich, den Ausbau moderner Schienensysteme begrüßen wir.

Capital: *Wenn man ihr letztes jähriges Wahlprogramm liest, enthält das doch einige Folterwerkzeuge für Industrie und Bürger.*

Fischer: Meiner Ansicht nach ist eine höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürger nicht durchsetzbar. Das ist der Unterschied zwischen heute und unseren Beschlüssen auf dem Mannheimer Parteitag vor einem Jahr.

Capital: *Die Grenzen der Belastbarkeit sind also erreicht.*

Fischer: Ja, dank Kohl.

Capital: *Bedeutet diese Einsicht auch den Abschied von grünen Reformvorstellungen?*

Fischer: Mitnichten. Wir müssen allerdings unsere Pläne dahingehend überarbeiten, daß wir die Mittelschichten nicht überlasten.

Capital: *Was haben denn die Mittelschichten von den Grünen zu gegenwärtigen?*

Fischer: Wir müssen, wenn wir belasten, an anderer Stelle entlasten. Das läßt sich am besten durch eine ökologische Steuerreform regeln.

Capital: *Was heißt das denn nun konkret. Werden die Grünen als Ausgleich beispielsweise für eine höhere Mineralölsteuer die Steuern auf Löhne und Gewinne senken?*

Fischer: Die Frage muß breiter diskutiert werden. Wieviel verbrauchen wir für den Konsum und wieviel investieren wir in die Zukunft der Gesellschaft, in unsere Kinder, in Kindergartenplätze, in Ganztagschulen? Einerseits lamentieren wir über zerfallende Familienstrukturen und steigende Jugendkriminalität. Andererseits ist es dieser Gesellschaft nicht beizubringen, daß man dafür was investieren muß.

Fotos: Werner Schüring



„Eine höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürger ist nicht durchsetzbar.“